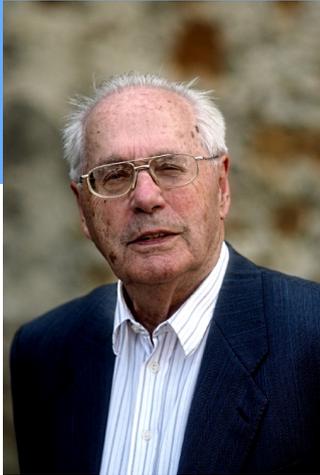


Keupers

kritischer

Kommentar



02-01-2018

Februar 2018

Groteske Politik.

Es geht in der Politik in unserem Lande zurzeit sehr turbulent zu. Fünf Monate nach der Bundestagswahl hat die Republik immer noch keine neue Regierung die das Ergebnis der Wahl widerspiegelt. Der ehemalige Bundestagsabgeordnete Wolfgang Bosbach (CDU) meinte auf der WELT-Onlineseite, dass die zähen und quälenden Gespräche zwischen den Parteien über eine Regierungsbildung, zuerst mittels einer „Jamaikakoalition“ aus CDU/CSU, den Grünen und der FDP, nach deren Scheitern mittels einer erneuten Großen Koalition aus CDU/CSU und der SPD, den Parteien insgesamt geschadet habe, da Vertrauen und Zustimmung verspielt wurde. Er mahnte: „Der ohnehin schon große Graben zwischen Wählern und Gewählten wird immer größer, wenn das Publikum den Eindruck bekommt, im Grunde geht es den Letzteren eher nur um sich als um das Land“.

Sozialdemokratie am Scheideweg?

Die Sozialdemokraten scheinen sich zur Zeit selber zerlegen zu wollen. Es wird vehement diskutiert und gestritten zwischen den einfachen Mitgliedern der Parteibasis und dem verantwortlichen Führungspersonal der Partei, ob es richtig ist, mit der CDU/CSU wieder ein Regierungsbündnis, einer GROKO einzugehen. Obgleich die Verhandlungsführer der SPD eine Koalitionsvereinbarung erzielen konnten, die viele politische Vorstellungen der Sozialdemokraten beinhalten, was wiederum in den Reihen der CDU Unmut hinterlässt. Auch über vorgesehene Personalentscheidungen bei einer zukünftigen Regierungsbildung gibt es sowohl bei den Sozialdemokraten, als auch in den Reihen der CDU Zwist zwischen den Parteiführungen und der Parteibasis. Für den unbeteiligten Bürger entsteht so der Eindruck, dass die Parteien, insbesondere die SPD, bei der der Streit am kräftigsten zu sein scheint, völlig uneinig sind und nicht wissen, was sie letztendlich wollen, und deshalb nicht bereit sind eine einvernehmliche Regierungsverantwortung zu übernehmen, sondern gewillt sind, was vornehmlich die SPD betrifft, sich lieber in die Oppositionsrolle zurückzuziehen, um mit lautstarken aber unnützen Parolen auf sich aufmerksam zu machen. Doch mit einem solchen Image wird die SPD für viele der Wählerinnen und Wähler kaum attraktiver werden, wird sie kaum wieder Wählerstimmen zurückgewinnen können. Der Niedergang bei der sogenannten aktuellen Sonntagsfrage der Meinungsforschungsinstitute auf nur noch 16,4 Prozent spricht Bände. Aber auch die andere der vormals großen Volksparteien,

die CDU/CSU verliert immer mehr an Zustimmung, nur noch 29,6 Prozent der Wählerinnen und Wähler würden den Umfragen nach noch die Christlichen wählen. Auch bei deren Mitgliedern wächst der Unmut und es beginnt auch bei denen eine Debatte über eine neue politische Ausrichtung, über eine Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit, wenn auch weniger lautstark wie bei der SPD.

Bewegen wir uns auf eine Nationaldemokratie zu?

Es zeigt sich also, dass die bisherigen Stabilisatoren unserer Demokratie, die beiden großen Volksparteien, nicht nur an Zustimmung bei den Wählern verlieren, sondern dass deren Mitglieder mit der politischen Zielrichtung unzufrieden sind. Während die SPD wieder mehr eine linkere Politik für mehr Solidarität, für mehr soziale Ausrichtung anstrebt, wollen insbesondere die rechtskonservativen Flügel der CDU(CSU, eine politische Identität durch mehr Marktliberalismus nationaler Ausrichtung. Damit zeichnet sich ab, dass die Politik in der Bundesrepublik in den nächsten Jahrzehnten sich grundlegend verändern wird. Bekannter Maßen will der Neoliberalismus und der Kapitalismus nicht nur den Sozialstaat reduzieren oder gar abschaffen, sondern, weil die Demokratie einen sozialen Ausgleich beinhaltet, mehr postdemokratische Verhältnisse einführen. Autoritäre anstatt demokratische Gegebenheiten sind die Grundlagen, die Grundideen einer sogenannten „konservativen Revolution“, wie es ja von dem CSU-Politiker Alexander Dobrindt vertreten wird.

Darum, unsere Bundesrepublik braucht mehr denn je eine aktive und geschlossene SPD, braucht die Gestaltungskraft einer progressiven Sozialdemokratie. Einen Rückzug in die Opposition würde den politischen Rechten, die nicht nur in der AfD beheimatet sind, Tür und Tor öffnen. Wir brauchen mehr denn je eine sozialdemokratische Gesellschaftspolitik und keine nationalsoziale Ausgrenzungspolitik!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 16. Februar 2018

Heinrich Keuper